



Neues aus Düsseldorf

Ausgabe 01/2020

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit der ersten Ausgabe meines Newsletters im Jahr 2020 möchte ich Euch über meine Arbeit und die aktuellen Debatten im Landtag informieren.

Ein Thema, das uns seit Jahren begleitet ist der Brexit. Immer mit der Hoffnung, dass sich dieser doch noch abwenden lässt. Nun ist Großbritannien seit dem 1. Februar 2020 nicht mehr Mitglied der EU. Das ist ein trauriger Tag für Europa.

Traurig ist auch die Staubilanz der Landesregierung. Anstatt ihr zentrales Wahlkampfversprechen einzulösen, ist auf unseren Straßen keine Besserung in Sicht. Es ist an der Zeit, dass Verkehrsminister Wüst erkennt, dass massive Investitionen in den ÖPNV benötigt und Konzepte für einen modernen Mobilitäts-Mix entwickelt werden müssen. Das Gegenteil ist natürlich der Fall. Die Staubilanz der Landesregierung ist eine einzige Katastrophe. In etlichen NRW-Großstädten stehen die Autofahrer dem „Traffic Index“ zufolge immer länger im Stau. Eine Lösung von Verkehrsminister Wüst ist nicht mehr zu erwarten. Denn die Landesregierung ist zu sehr damit beschäftigt, ihre falschen Versprechen zu kaschieren. In den nächsten Tagen dürften auch der ADAC und die Landesregierung ihre jeweiligen Stau-Zahlen für das zurückliegende Jahr bekannt geben. Herr Wüst wird dann sehr wahrscheinlich wieder ins Lenkrad beißen müssen...

In dieser Woche wird Bauministerin Ina Scharrenbach Zahlen präsentieren, die den MieterInnen in NRW nicht gefallen dürften. Nach WDR-Informationen soll der Bau neuer Sozialwohnungen 2019 in NRW erneut gesunken sein. Damit würde sich ein schlimmer Trend fortsetzen, der sich schon in den Jahren zuvor abgezeichnet hat. Seit Schwarz-Gelb regiert, ist die Zahl der vom Land geförderten Wohnungen um 34 Prozent zurückgegangen. Daran lässt sich leider der Stellenwert ablesen, den CDU und FDP den Mieterinnen und Mietern in unserem Land beimessen. Nämlich gar keinen. Auch das ist ein trauriger Befund. Wir werden an dem Thema weiter dran bleiben. Unser Ziel bleibt klar: Wir wollen #WohnenBezahlbarMachen.

Im Wahlkreis durfte ich in diesem Jahr schon viele interessante und spannende Termine erleben und bin mit vielen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch gekommen. Einen kleinen Eindruck hiervon kann man sich beim Lesen des Newsletters verschaffen. Viel Spaß dabei.

André Stinka

DIE GEWALT GEGEN AMTS- UND MANDATSTRÄGER MUSS EIN ENDE HABEN!



Spätestens seit der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke muss uns allen bewusst sein, welchen Gefahren öffentliche Amts- und MandatsträgerInnen durch die rechte Szene ausgesetzt sind. Auch EhrenamtlerInnen und Journalisten werden tagtäglich wegen ihres Einsatzes für Geflüchtete oder als RepräsentantInnen einer freien Presse mit Bedrohungen konfrontiert. Aus purer Verzweiflung hatte zuletzt der Bürgermeister von Kamp-Lintfort sogar einen Waffenschein beantragt. Als das publik wurde, hat sich an diesem Beispiel eine bundesweite Debatte über die Sicherheit von KommunalpolitikerInnen entfacht. Immerhin hat die Landesregierung zwischenzeitlich eingesehen, dass der Bürgermeister von Kamp-Lintfort keine Waffe, sondern Personenschutz benötigt. Auf die Demonstrationen von Rechtsextremen vor dem WDR-Gebäude in Köln hat die Landesregierung indes nicht reagiert. Das ist ein absolutes Armutszeugnis. Denn schließlich müssen wir DemokratInnen uns den Angriffen auf unsere Werte und unser Zusammenleben geschlossen entgegenstellen.

Deswegen haben wir im Januar-Plenum mit einer Aktuellen Stunde die landesweite Solidarität mit den Betroffenen gefordert und rufen die Landesregierung zum entschiedenen Handeln auf.

[Drucksache 17/8493](#)

KOHLEAUSSTIEG

Die Landesregierung hat den Landtag und die Öffentlichkeit in einer Plenarsitzung über die Bund-Länder-Einigung zum Kohleausstieg unterrichtet. Gemäß dieser Einigung werden in den kommenden Jahren vor allem in NRW Kraftwerke Block für Block vom Netz genommen. Der Verlust von Stromkapazitäten stellt das Land und die NRW-Wirtschaft vor große Herausforderungen. Bislang hat die Landesregierung aber jeden Plan vermissen lassen, wie sie auf diese Herausforderungen reagieren will.



Der notwendige Ausbau von Windenergie ist weiterhin nicht in Sicht. Aber auch der Strukturwandel im rheinischen Braunkohlerevier ist von Konzeptlosigkeit geprägt.

Deswegen haben wir hierzu auch im letzten Plenum eine Aktuelle Stunde beantragt.

[Drucksache 17/8496](#)

#FAIRGEHTMEHR: DIGITALE VORSORGE NICHT DEM MARKT ÜBERLASSEN!

Die Digitalisierung prägt die kommunale Daseinsvorsorge immer mehr. Mittlerweile erklären immer mehr Städte und Gemeinde sich zu einer Smart City zu entwickeln und dabei kommunale Dienstleistungen digital miteinander zu vernetzen. Die Landesregierung unterstützt dabei zurzeit aber nur einige wenige Modellkommunen. Der Großteil erhält keine nennenswerte Förderung. Dabei brauchen besonders die kleinen Kommunen Unterstützung - zum Beispiel bei Verhandlungen mit Vertretern aus der Privatwirtschaft. Insbesondere mit Blick auf die Sicherstellung des Datenschutzes dürfen Kommunen bei ihrem Weg zu einer Smart City nicht alleine gelassen und dem Markt ausgeliefert werden. In unserem Antrag fordern wir deshalb die Landesregierung u.a. dazu auf, die Kommunen flächendeckend bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer Smart City-Strategien zu unterstützen.

[Drucksache 17/8423](#)

SCHULPOLITISCHE HALBZEITBILANZ



In den vergangenen zweieinhalb Jahren ist es der Landesregierung nicht gelungen, grundlegende Probleme wie den Unterrichtsausfall und den Lehrermangel – gerade an unseren Grundschulen und Berufskollegs – in den Griff zu bekommen. Inklusion wird zurückgefahren und beim schulscharfen Sozialindex wird die Frage der Umsetzung genau beobachtet werden müssen. Die Landesregierung läuft meilenweit hinter den Versprechen des Koalitionsvertrags her und hat bis heute kaum tragfähige Konzepte vorgelegt. So ist sie uns auch bis heute einen Masterplan Grundschule schuldig geblieben. In unserem Antrag ziehen wir daher kritisch Bilanz. Unser Fazit: So kann es nicht weitergehen! Bildung muss wieder höchste Priorität haben.

Mit unserem Antrag fordern wir daher einen verbindlichen Maßnahmenkatalog und die Einrichtung einer Expertenkommission, die die Zukunft der Bildung sichert.

[Drucksache 17/8425](#)

AUSTAUSCH MIT DER FRIEDENSINITIATIVE NOTTULN



Vor dem Hintergrund des UN-Vertrages zum Verbot von Atomwaffen habe ich mich mit der Friedensinitiative Nottuln zum Austausch getroffen. Leider zögert die Bundesregierung noch diesen Vertrag zu ratifizieren. Dabei ist dieser Vertrag ein entscheidender Schritt zur Verwirklichung einer atomwaffenfreien Welt. Der Gebrauch von Atomwaffen zieht katastrophale humanitäre Auswirkungen nach sich.

Das Thema Abrüstung muss wieder ein Teil der gesellschaftlichen Debatte werden, um ein neues Wettrüsten zu verhindern.

Aber nicht nur über die Rüstungspolitik habe ich mich mit den Mitgliedern der Friedensinitiative ausgetauscht. Auch in Sachen Klimapolitik bestand viel Gesprächsbedarf. In diesem Zusammenhang habe ich auf das Beispiel „Innovation City“ in Bottrop verwiesen, wo vorgemacht wird, wie klimagerechter Stadtumbau gelingen kann.

IM GESPRÄCH MIT DEM START-UP WHAT A BIRD

Kürzlich habe ich das Start-Up What a Bird aus Havixbeck besucht.

Das junge Unternehmen hat ein System entwickelt, um verschmutztes Wasser aufzubereiten und dabei nahezu 100% der darin enthaltenen Bakterien und Keime, sowie andere gesundheitlich bedenkliche Stoffe herauszufiltern. Dieses Ziel wird mit einer Hohlfasermembran erreicht, die z.B. auch bei der Dialyse eingesetzt wird. Der entwickelte Aufsatz kann auf jeden beliebigen Wasserkanister aufgesetzt werden. Danach wird das Wasser mit einer Handpumpe herausgepumpt und auf diesem Weg gefiltert.

Die Gründer Kirstin Skibba und Lars Trappe haben mir erzählt, dass ihnen die Idee auf ihren Afrikareisen gekommen ist. Dort haben sie beobachtet, dass oftmals das Wasser in schmutzigen Kanistern kilometerweit bis nach Hause getragen werden muss. Der Zugang zu sauberem Trinkwasser ist ein Menschenrecht. Was für uns in Deutschland eine Selbstverständlichkeit darstellt, ist für viele Menschen Luxus.

Ich bin den beiden Entwicklern dankbar, dass sie mit ihrem Engagement hoffentlich bald viele Menschen vor Krankheiten wie Cholera oder Typhus bewahren können.



ORGANSPENDE



Vor Kurzem habe ich mich mit Marcus Nagel, dem Paten für den Kreis Coesfeld des Netzwerks Organspende NRW e.V., zum Austausch getroffen. Nicht zuletzt durch die Debatte zur Gesetzesinitiative zur sogenannten „Doppelten Widerspruchslösung“ von Karl Lauterbach und Jens Spahn, hat das Thema Organspende wieder mehr öffentliche Aufmerksamkeit erhalten.

Nagel hat mir dabei von seinen eigenen Erfahrungen berichtet, die er vor 10 Jahren gemacht hat, als er selbst auf die Transplantation einer Niere angewiesen war, und sein Bedauern über die Ablehnung des vorgeschlagenen Gesetzes zum Ausdruck gebracht. Auch ich war über die Entscheidung enttäuscht, da der Vorschlag von Lauterbach und Spahn vielen Menschen, die auf eine Organspende warten, Hoffnung gegeben hätte. Ich möchte mich bei Herrn Nagel für die wichtige ehrenamtliche Arbeit bedanken. Mit seiner Aufklärungsarbeit bei Veranstaltungen in Schulen, Unternehmen, oder Vereinen leistet er einen wichtigen Beitrag, um über das Thema Organspende zu informieren.

TAG DER FREIEN SCHULE

Zum dritten Mal haben die Privatschulen in NRW im Rahmen des „Tags der Freien Schulen NRW“ ihre Türen für Politikerinnen und Politiker geöffnet. Im direkten Kontakt mit den Abgeordneten soll den Schülerinnen und Schülern der politische Alltag nähergebracht und intensiv über aktuelle politische Themen diskutiert werden.

Gleichzeitig erhalten die Abgeordneten einen Einblick in den Schulalltag und die pädagogische Arbeit der teilnehmenden Privatschulen. Aus diesem Anlass habe ich dieses Jahr das Gymnasium Canisianum in Lüdinghausen besucht. Mit dem Abiturjahrgang konnte ich 90 Minuten über aktuelle Themen, wie z.B. den Klima- und Umweltschutz, den Brexit, Bildungspolitik und Verkehrspolitik sprechen. Als ehemaliger Generalsekretär der NRWSPD konnte ich auch aus dieser Zeit viele meiner Erfahrungen in die Diskussion einbringen. Es ist wichtig, dass es einen starken Dialog zwischen Jugend und Politik gibt. In Zeiten von Fake-News und einem stetig wachsenden Rechtspopulismus, der mit vermeintlich einfachen Antworten schwierige Fragen beantworten will, ist dieser Austausch dringend geboten. Deswegen habe ich zum Abschluss an die Schülerinnen und Schüler appelliert sich zukünftig intensiv in die Politik einzubringen.

SCHÜLERGRUPPE DES JOSEPH-HAYDN-GYMNASIUMS ZU BESUCH

Am Rande der letzten Plenarwoche war eine Schülergruppe des Joseph-Haydn-Gymnasiums im nordrhein-westfälischen Landtag zu Gast. Im Rahmen einer Diskussionsrunde habe ich mich mit den Schülerinnen und Schülern zu verschiedenen Fragestellungen ausgetauscht. Neben allgemeinen Fragen wie zum Verdienst oder Ratschlägen zum eigenen politischen Engagement, haben wir auch über energiepolitische Themen geredet.

Besonders die Zukunft der Windkraft und den Braunkohleausstieg haben wir intensiv thematisiert. Ich bin davon überzeugt, dass der schnelle Ausbau der Windenergie notwendig ist, um unsere klimaschutzpolitischen Ziele erreichen zu können. Dafür müssen wir in der Bevölkerung die notwendige Akzeptanz schaffen.

